

"Franz Singer: Paris-Saarbrücken-Bonn" in CVP-Rundschau (1. April 1950)

Legende: Am 1. April 1950 veröffentlicht der saarländische Wirtschaftsminister Franz Singer in der CVP-Rundschau, dem Presseorgan der saarländischen Christlichen Volkspartei (CVP), einen Artikel, in dem er die Bedeutung der französisch-saarländischen Konventionen vom 3. März 1950 analysiert.

Quelle: CVP-Rundschau : Mitteilungsblatt der Christlichen Volkspartei des Saarlandes. 01.04.1950, Nr. 4; 3. Jg. Saarbrücken: Christliche Volkspartei des Saarlandes.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"franz_singer_paris_saarbrucken_bonn"_in_cvp_rundschau_1_april_1950-de-bbad70df-128a-4bb4-8f00-f7510bae156b.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Paris-Saarbrücken-Bonn und die Saarkonventionen

Von Minister Dr. Franz Singer

Die Pariser Konventionen sind mittlerweile allen bekannt geworden. Umso mehr erscheint es zweckentsprechend, all das zu kommentieren und zu erläutern, was sie uns bedeuten und welches ihre Auswirkungen sind. Hierzu zunächst einige grundlegende Vorbemerkungen:

Alle in den Konventionen behandelten Probleme standen schon lange mehr oder weniger in öffentlicher Diskussion und drängten immer mehr zu entscheidenden Regelungen und zu verbindlichem Präzisieren. Es galt klare Begriffe, festumrissene Aufgabengebiete und wichtige Voraussetzungen für Gegenwart und Zukunft des wirtschaftlichen Wechselverhältnisses zwischen Frankreich und der Saar zu schaffen.

Manche Frage, über die seit Monaten oder gar seit Jahren zwischen der Saar und Frankreich ohne eine Regelung zu finden, diskutiert wurde, konnte während der Pariser Verhandlungswochen im Rahmen der Konventionen geregelt werden.

Viele theoretisch und praktisch über den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an Frankreich bestehende Unklarheiten oder Mißverständnisse sind durch entsprechende genaue Definierungen und staatsvertragliche Regelung durch die Konventionen beseitigt. Wirtschaftspolitisch und finanziell wichtige Disponierungen für die Zukunft seitens der Saar waren seither nicht möglich, da die für das Saarland wichtigsten Fragen offen standen.

Welche ernsthaften und weitgehenden Unterschiede der beiderseitigen Auffassung über die Verhandlungen wichtigster wirtschaftlicher Fragen zwischen der Saar und Frankreich bestanden, wie schwer es sein mußte, sie zu klären und auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, geht aus dem großen weittragenden Unterschied zwischen den ursprünglichen französischen Vertragsentwürfen mit der jetzigen für uns ungemein vorteilhafteren Fassung verschiedener Konventionen hervor.

Kein Wunder, daß die wenigen der saarländischen Regierung angehörenden Delegationsmitglieder, die den ursprünglichen Text der Konventionsentwürfe kannten, mit sehr gemischten Gefühlen nach Paris abreisten und angenehm überrascht sein konnten, daß in vertrauensvoller Aussprache und in einem angenehmen Verhandlungsklima auch heikle und delikate strittige Fragen mit der französischen Delegation behandelt und zu Gunsten der Saar umgestaltet werden konnten. Dabei galt es doch nicht nur die verschiedenartigen saarländischen und französischen Interessen, sondern wie wir nach Abschluß der Verhandlungen aus dem Pariser Echo der Bonner Erklärungen deutlich ersehen konnten, auch die Wünsche und Forderungen der anderen interessierten Staaten, insbesondere Amerikas und Englands, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Die saarländische Regierung stand wiederholt während der Debatten und Verhandlungen vor manchen für die Existenz des Saarlandes wichtigen Entscheidungen.

Diese mußten getroffen werden, sollten die Verhandlungen nicht auf einem toten Punkt stehen bleiben oder gar scheitern. In welchen grundsätzlichen wichtigen Entscheidungsfragen durfte die saarländische Regierung, die ja letzten Endes in Paris in eigener Verantwortung zu entscheiden hatte, nachgeben, und in welchen Punkten mußte sie fest oder unnachgiebig bleiben? Insbesondere in diesen Situationen erwies sich die aus Parlament, Wirtschafts- und Berufsorganisationen bestehende einfluß- und zahlenmäßig stark besetzte saarländische Delegation als gute Helferin und Beraterin der Regierung, die ohne Scheu vor der Verantwortung in fleißiger, zäher, verantwortungsbewußter und fachkundiger Mitarbeit das jetzige Gesicht der Konventionen mitformen half, so daß damit bereits eine wesentliche Aufklärungs- und

Vorbereitungsarbeit für die kommende Beratung und Verabschiedung der Konventionen im saarländischen Parlament im voraus in Paris geleistet wurde.

Schon die Ankündigung der Saarverhandlungen hat das „Saarproblem“ in den Mittelpunkt der internationalen Erörterungen gerückt. Die Tatsache der Vertragsabschlüsse hat insbesondere in der westdeutschen Bundesrepublik einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, der in der Saar-Sitzung des Bonner Bundesparlamentes und in einem Saar-„Weißbuch“ seinen Niederschlag gefunden hat. Ja, man hat sogar die Forderung erhoben, das Saarland müsse weiterhin den Kontrollratsbestimmungen unterworfen bleiben.

Demgegenüber sind die wenigen mahnenden, von realpolitischem Denken diktierten Pressestimmen in Deutschland nicht zur Geltung gekommen. Wir haben indessen allen Grund, uns darüber zu freuen, daß wir nach Maßgabe der Saar-Konventionen von den Fesseln der Kontrollratsbestimmungen befreit sind, daß uns in politisch-autonomer Selbstverwaltung die Möglichkeit gegeben ist, in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtssprechung unser Staatsgefüge entsprechend der kulturellen und sonstigen Eigenart des Landes selbst auszurichten, daß es gelungen ist, auf weite Sicht eine weitgehende Sicherung der Existenzgrundlagen für unsere Saarbevölkerung herbeizuführen.

Gewiß haben wir in Paris die Ziele, die wir uns gesteckt hatten, nicht hundertprozentig durchsetzen können;

wir standen — wenn auch als gleichberechtigter Verhandlungspartner — als kleines Land, das Bestandteil der im Kriege unterlegenen deutschen Nation war, einer großen Siegernation gegenüber, die ihre berechtigten, von der Gesamtheit der Siegermächte gebilligten Interessen am Wirtschaftsvolumen der Saar in die Waagschale werfen konnte.

Aber, daß wir überhaupt verhandeln konnten, daß man uns als gleichberechtigten Verhandlungspartner anerkannt hat, daß Frankreich seine besten Fachexperten aufgeboten hat, die mit uns am Konferenztisch zusammengesessen und die französischen Thesen ebenso zäh verteidigt haben wie wir für die Interessen unseres Saarlandes gerungen haben, diese Tatsachen bilden einen hoffnungsfrohen Auftakt für die weitere Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Saarland und Frankreich.

Das Verdienst der CVP

Wir dürfen nicht verkennen, daß die uns von Frankreich zugebilligte Autonomie im Rahmen des wirtschaftlichen Anschlusses nicht als eine selbstverständliche Gegebenheit zu werten ist. Es ist vielmehr das Verdienst der realpolitischen Tätigkeit der politisch führenden Männer an der Saar — insbesondere der Christlichen Volkspartei — daß der wirtschaftliche Anschluß in Verbindung mit einem autonomen Staatsgefüge sichergestellt und präzisiert werden konnte.

Politik und Wirtschaft sind eng miteinander verflochten. Die internationale Verflechtung der einzelnen Nationalwirtschaften schließt an sich schon eine wirtschaftliche Autonomie und Autarkie der einzelnen Länder aus. Andererseits kann in einer Zeit, in der das ganze private und öffentliche Leben vom wirtschaftlichen Geschehen abhängig ist, kein Land darauf verzichten, auf dem wirtschaftlichen Sektor — soweit das eigene Land berührt wird — gewisse Mitbestimmungsrechte in der eigenständigen Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens geltend zu machen.

Gruben, Eisenbahn und Schwerindustrie bestimmen und beherrschen das Leben und die Existenz von 70 Prozent der gesamten Saarbevölkerung.

Darum haben wir den ursprünglichen französischen Entwurf über die Eisenbahnverwaltung als undiskutabel abgelehnt und die Hoheitsrechte der Regierung des Saarlandes über diesen außerordentlich wichtigen Bestandteil unserer Wirtschaft mit einem Bestand von 14 000 saarländischen Eisenbahnern zäh verteidigt; darum haben wir in der Grubenfrage — unter Beachtung der sowohl von der Kapitalseite als auch von Seiten des Absatzes schwierigen Lage der Saargruben und der aus den berechtigten französischen Interessen gegebenen Verhältnisse — einen mitentscheidenden Einfluß des Saarlandes sichergestellt; darum haben wir in der Frage der Versicherungen eine Lösung angestrebt, die die Verwendung der in diesem Wirtschaftszweig aufkommenden saarländischen Kapitalansammlungen auch für Zwecke der saarländischen Wirtschaft gewährleisten soll.

An die deutschen Freunde

Unseren deutschen Freunden im Osten möchte ich noch folgendes sagen: Es ist bekannt, daß die politische Lostrennung der Saar von Deutschland und die Abtrennung des saarländischen Wirtschaftsraums aus dem deutschen Wirtschaftsvolumen für Deutschland als „Demontage“ angerechnet worden ist. Es ist dadurch u. a. ein Dreifaches erreicht :

1. Die Saarwirtschaft ist ohne Demontagen voll erhalten geblieben und konnte in den letzten beiden Jahren günstig fortentwickelt werden; die Existenz des Saarvolkes, insbesondere die Vollbeschäftigung der arbeitenden Bevölkerung, ist gesichert.
2. Infolge Anrechnung der Saarabtrennung als Demontage für Deutschland ist doch dadurch auch die Erhaltung bedeutender deutscher Wirtschaftsbetriebe ermöglicht worden, die ohne die Saarabtrennung zu Gunsten Frankreichs demontiert worden wären; dadurch ist die Zahl der deutschen Arbeitslosen um diesen Beschäftigungssektor — der immerhin 250 000 bis 300 000 Arbeiter umfassen dürfte — geringer.
3. Deutschland braucht für 50-100 000 saarländische Arbeitslose nicht aufzukommen, die zweifellos vorhanden wären und das ohnehin beängstigend große Arbeitslosenheer in der westdeutschen Bundesrepublik verstärken würden, wenn der wirtschaftliche Anschluß des Saarlandes an Frankreich nicht gekommen wäre.

In dieser Auffassung weiß ich mich einig mit sehr maßgebenden Wirtschaftspolitikern in Deutschland.

Wenn hiernach der wirtschaftliche Anschluß der Saar an Frankreich der deutschen Wirtschaft bedeutende Schäden und Nachteile erspart hat, so bestünde immerhin Anlaß — auch für kritische Menschen östlich von uns — sich aufrichtig darüber zu freuen, daß wenigstens die Menschen an der Saar zur wirtschaftlichen und sozialen Entlastung der westdeutschen Bundesrepublik von den schlimmsten Auswirkungen des Zusammenbruches verschont geblieben sind.

Mit Recht und unter allgemeiner Zustimmung wurde seitens des saarländischen Ministerpräsidenten bei dem feierlichen Unterzeichnungsakt der Konventionen im historischen Uhrensaal des Quai d'Orsay darauf hingewiesen, daß Staatsverträge durch den Geist, der in ihnen wohnt, lebendig werden, durch den Geist nämlich, der ihre Anwendung beseelt, und daß wir diese Verträge als Saarländer in dem Geist einhalten werden, der unsere Verhandlungen und unsere Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren beseelt hat, im Geiste der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Frankreich und dem Saarland.

Was wir erhoffen und erwarten

Wir hoffen und erwarten, daß dieser Geist in Frankreich spürbar bleibt, daß aber auch alle Saarländer aufrichtig und offen in demselben Geist mit Frankreich zusammenzuarbeiten bereit sind und damit bestätigen und mitgarantieren, was der saarländische Ministerpräsident Johannes Hoffmann bei der feierlichen Unterzeichnung im Namen der Saarländer versprochen hat.

Ich werde als Wirtschaftsminister im Rahmen meiner Verantwortlichkeit für das wirtschaftspolitische Geschehen an der Saar alles tun, daß die Konventionen seitens der saarländischen Wirtschaft und des saarländischen Wirtschaftsministeriums von uns in dem Geist angewandt werden, wie es unser saarländischer Ministerpräsident bekundet hat.

Durch den Abschluß der Pariser Konventionen sind nicht nur französische und saarländische Belange gewahrt, sondern es dürfte auch den deutschen wirtschaftlichen Interessen gedient sein, wenn man die Saar-Konventionen ehrlich bewerten will und den wahrhaft europäischen Geist zu erkennen vermag.